

P  **LIZEI**

Gewerkschaft der Polizei

DEIN PARTNER

Neujahrsempfang



Saarbrücken
20. Januar 2012



www.VDPolizei.de

20.01.2012,
19.00 Uhr
Restaurant im Sport-
Treff im ATSV-Center,
Saarbrücken

POLIZEI - DEIN PARTNER

Polizeisozialwerk
Gewerkschaft der Polizei
Saarland



Impressum

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Lothar Schmidt

Fotos: Die Verfasser
Nachdruck des redaktionellen Teils nur nach
ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Sämtliche hier veröffentlichte Anzeigen, die im
Kundenauftrag für die Drucklegung vom Verlag
gestaltet wurden, sind urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, Vervielfältigung und elektronische
Speicherung ist nur mit Zustimmung des Anzei-
genkunden und des Verlages erlaubt. Verstöße
hiergegen werden vom Verlag, auch im Auftrag
des Anzeigenkunden, unnachsichtig verfolgt.

Verlag, Anzeigenwerbung und Gestaltung:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung, Sitz Hilden
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Betriebsstätte Worms
Rheinstraße 1, 67547 Worms
Telefon 0 62 41 / 84 96-0
Telefax 0 62 41 / 84 96-70
AVWorms@VDPolizei.de

Geschäftsführer: Bodo Andrae, Joachim Kranz
Anzeigenleiterin: Antje Kleuker
Gestaltung und Layout: Jana Kolffhaus

Satz und Druck:
Gribsch & Rochol Druck GmbH & Co. KG, Hamm
© 2012



05/2012/116
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Neujahrsempfang

Grußworte	2
Programm	6
Artikel	7

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen Beschäftigten in der saarländischen Vollzugspolizei für Ihr großartiges Engagement im zurückliegenden Jahr zu danken.



■ Liebe Mitglieder und Gäste des Landesbezirks Saarland der GdP, hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr 2011. Es galt, nicht nur das polizeiliche Alltagsgeschäft, sondern auch verschiedene Sonderlagen aus den unterschiedlichsten Anlässen heraus zu bewältigen. Besonders intensiv beschäftigten sich Polizei, Politik und Öffentlichkeit darüber hinaus mit dem Innenleben der saarländischen Vollzugspolizei, der Fortentwicklung ihrer Organisationsstrukturen.

Im Oktober 2011 wurden nach einer umfassenden fachlichen und politischen Diskussion auf der Grundlage der Vorschläge der AG „Polizei 2020“ die grundsätzlichen Entscheidungen über die zukünftige Polizeistruktur getroffen. Das Fundament für das neue Landespolizeipräsidium ist gelegt.

Nunmehr geht es darum, die neue Organisation mit Leben zu erfüllen. Dabei mag die Zusammenführung von Landespolizeidirektion und Landeskriminalamt zu einem Landespolizeipräsidium auf dem Papier noch recht unkompliziert erscheinen. In der tatsächlichen Umsetzung wer-

den viele Einzelentscheidungen zu treffen sein, um den vorgegebenen Rahmen auszufüllen. Verwaltungsvorschriften und Erlasse müssen neu gefasst, Dienstposten beschrieben und bewertet, Personalauswahlverfahren durchgeführt, Zuständigkeiten und Verfahrensabläufe neu geregelt, Dienststellen in baulicher und technischer Hinsicht arbeitsfähig gemacht werden. Eine weitere, große Herausforderung stellt die Anpassung der Informations- und Kommunikationsstrukturen an die neuen Gegebenheiten dar, ohne die heutzutage keine Organisation lebensfähig ist.

Es ist unser Ziel, aus den zwei Polizeivollzugsbehörden Landeskriminalamt und Landespolizeidirektion eine neue, homogene Organisationseinheit, das Landespolizeipräsidium, zu entwickeln. Hierbei ist mir als Minister besonders wichtig, nicht das Vergangene wiederzuentdecken, sondern alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vollzugspolizei spartenübergreifend für die Zukunft zu gewinnen.

Die neue Polizeistruktur wird trotz der bekannten schwierigen Rahmenbedin-

gungen auch in Zukunft erfolgreiche Polizeiarbeit ermöglichen. Veränderungen in der saarländischen Vollzugspolizei sind schließlich kein Selbstzweck, sondern dienen insbesondere der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes.

Ich danke der Gewerkschaft der Polizei für ihre kritisch-konstruktive Mitarbeit bei der Entwicklung der Reformvorschläge. Mir ist dabei bewusst, dass es nicht einfach war und auch weiterhin ist, in Zeiten der „Schuldenbremse“ gewerkschaftliche Positionen mit notwendigen Veränderungen in Einklang zu bringen. Allerdings haben wir meines Erachtens trotz schwierigster Rahmenbedingungen ein gutes Ergebnis erzielt, das zukünftig nicht nur die Innere Sicherheit in unserem Land gewährleisten hilft, sondern auch den Bedürfnissen der Polizeibeschäftigten Rechnung tragen wird. Ich würde mich freuen, wenn wir die im letzten Jahr praktizierte vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Politik – trotz zu erwartender unterschiedlicher Positionen und notwendiger Auseinandersetzungen in einzelnen Sachfragen – auch künftig fortsetzen könnten.

Ich danke den verantwortlichen Frauen und Männern in der GdP für ihre wichtige Arbeit im letzten Jahr und nicht zuletzt für die Organisation des Neujahrsempfangs 2012.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen Beschäftigten in der saarländischen Vollzugspolizei für Ihr großartiges Engagement im zurückliegenden Jahr zu danken. Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen und Ihren Familien viel Glück, Wohlergehen, Zufriedenheit, vor allen Dingen Gesundheit und uns allen ein friedvolles Jahr 2012.

Stephan Toscani
Minister für Inneres,
Kultur und Europa

Von daher sehe ich gerade die Planung, im Zuge der natürlichen Personalfluktuatation einige Polizeiinspektionen nach und nach nachts nicht mehr zu besetzen, sehr kritisch. Ob in diesen Fällen der Einsatz von Polizisten aus benachbarten Dienststellen ein adäquater Ersatz ist, sei dahingestellt.



■ Angesichts der hohen Schulden, die auf dem Saarland lasten und der vereinbarten Schuldenbremse ist es unstrittig, dass auch im Bereich der Polizei Reformen notwendig sind. Die Frage, die sich mir auch als Chef der Verwaltung des Regionalverbandes Saarbrücken immer wieder stellt, ist aber, was ist sinnvoll und vertretbar?

Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Polizeireform 2020 in einigen Punkten durchaus sinnvoll und richtig ist. So gibt es beispielsweise bei der Kriminalitätsbekämpfung im Saarland durchaus Doppelstrukturen, bei denen strukturelle Vereinfachungen möglich sind. Darüber wird schon seit vielen Jahren diskutiert.

Für mich als verantwortlichen Kommunalpolitiker im Großraum Saarbrücken ist es aber auch wichtig, die Kriminalitätsentwicklung im Blickfeld zu behalten und zu sehen, wie sich die Polizeireform

auf die subjektive und objektive Sicherheitslage in unserem Verdichtungsraum auswirkt. Strukturbedingt ist die Kriminalitätsrate bei uns deutlich höher als im Landesdurchschnitt. Wie die Kriminalstatistik 2010 für das Saarland ausweist, entfallen rund 43,5 Prozent der Straftaten auf den Regionalverband, obwohl hier nur etwa ein Drittel der saarländischen Bevölkerung lebt.

Von daher sehe ich gerade die Planung, im Zuge der natürlichen Personalfluktuatation einige Polizeiinspektionen nach und nach nachts nicht mehr zu besetzen, sehr kritisch. Ob in diesen Fällen der Einsatz von Polizisten aus benachbarten Dienststellen ein adäquater Ersatz ist, sei dahingestellt. Zumal diese Beamten dann nicht über die gleichen Personal- und Ortskenntnisse verfügen, wie die Kollegen, die über viele Jahre in den betroffenen Bezirken im Einsatz waren. Auch die Frage nach

einer ausreichenden Reaktionszeit in Notfällen ist in meinen Augen bei einer eingeschränkten Besetzung einzelner Polizeiinspektionen noch nicht hinreichend geklärt.

Das alles sind Punkte, mit denen man sich im konkreten Prozess der Umsetzung noch auseinandersetzen muss. Insgesamt aber merkt man dem Konzept deutlich an, dass alle Beteiligten mit viel Engagement und Sachkenntnis an der Polizeireform 2020 gearbeitet haben. Mein ausdrücklicher Dank dafür geht auch die GdP Saarland.

Peter Cillo
Regionalverbandsdirektor
Regionalverband Saarbrücken

Damit leistet die Polizei auch in unserer Stadt einen entscheidenden Beitrag zur Lebensqualität und sichert ein friedliches Zusammenleben, das wiederum die Basis für ein konstruktives gesellschaftliches Miteinander darstellt.



■ Zum Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, heiße ich alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie alle Gäste im Sporttreff der ATSV-Halle herzlich willkommen. Eine Großstadt wie Saarbrücken mit rund 180.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und täglich rund 70.000 Einpendlern kann kein Ort sein, an dem es keine Konflikte zwischen den Menschen gibt, keine Kriminalität, keine Verkehrsübertretungen, keine Straftaten. Gleichzeitig aber wünschen wir uns alle, damit möglichst wenig oder noch besser gar nicht in Berührung zu kommen. Hier beginnt die schwierige Arbeit der Polizei. Sie sorgt für Sicherheit und entspricht damit einem menschlichen Urbedürfnis. Ohne das Gefühl, sich in einer Stadt sicher bewegen zu können und im Notfall schnelle Hilfe zu erhalten, wäre urbanes Leben schwierig. Damit leistet die Polizei auch in unserer

Stadt einen entscheidenden Beitrag zur Lebensqualität und sichert ein friedliches Zusammenleben, das wiederum die Basis für ein konstruktives gesellschaftliches Miteinander darstellt. Bei Großveranstaltungen wie dem Saar-Spektakel oder dem Altstadtfest arbeiten Polizei und Stadt eng zusammen und sorgen schon bei der Planung dafür, dass potentielle Gefahrenquellen erkannt und im Vorfeld beseitigt werden.

Die Arbeit der Polizei ist schwierig und gefährlich, und die Palette der von ihr geforderten Leistungen gerade im großstädtischen Raum ist groß. Sie reicht von der Verkehrsüberwachung über die Kriminalitätsbekämpfung, den Opferschutz, die Überwachung von Gewaltverbrechen, Sondereinsätzen bei Demonstrationen und Sportereignissen bis hin zur Terrorbekämpfung. Ich hoffe, dass die bevorstehende Polizeireform der beson-

deren Situation unserer Stadt als großstädtischem Ballungsraum Rechnung trägt. Saarbrücken ist eine sichere Stadt. Das ist nicht zuletzt das Verdienst unserer engagierten und erfolgreich arbeitenden Polizei.

Lassen Sie mich den Anlass dieses Empfanges dazu nutzen, allen Polizistinnen und Polizisten, die in unserer Stadt Dienst tun, dafür sehr herzlich zu danken. Ich wünsche allen beim Neujahrsempfang der GdP ein paar unterhaltsame Stunden und für das neue Jahr alles Gute.

A handwritten signature in black ink that reads "Charlotte Britz".

Charlotte Britz

Oberbürgermeisterin der
Landeshauptstadt Saarbrücken

Bewegt haben wir uns, und zwar heftig, im Jahr eins der Schuldenbremse. Viele einschneidende Kürzungsmaßnahmen waren trotz vielfältiger Proteste nicht zu verhindern. Dennoch ist es uns gelungen, durch aktive Mitgestaltung der Veränderungsprozesse noch viel Positives für unsere Beschäftigten zu erhalten bzw. zu erreichen.



■ Verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen!

War das ein Jahr 2011!! Als hätten wir es schon ein Jahr früher gewusst, als wir unseren Delegiertentag unter das Motto „GdP bewegt!“ stellten. Das hinter uns liegende Jahr – und so viel Rückblick sei vor dem Ausblick gestattet – war nicht nur sehr bewegend. Wir haben unser Motto auch aktiv gelebt und viel bewegt.

Wir, der GdP Landesbezirk Saarland, sind 60 Jahre alt geworden, sodass wir mit einem historischen Rückblick mit vielen Zeitzeugen und sonstigen prominenten Gästen dem Anlass entsprechend gefeiert haben. Dieses „Event“ war mit vielen bewegendenden Momenten verbunden.

Bewegt haben wir uns, und zwar heftig, im Jahr eins der Schuldenbremse. Viele einschneidende Kürzungsmaßnahmen waren trotz vielfältiger Proteste nicht zu verhindern. Dennoch ist es uns gelungen, durch aktive Mitgestaltung der Verände-

rungsprozesse noch viel Positives für unsere Beschäftigten zu erhalten bzw. zu erreichen. Wir haben dabei Zeichen setzen können, zum Beispiel in der Tarifpolitik, bei der Neuregelung des Laufbahnrechts und nicht zuletzt im „Beförderungsgeschäft“.

Einer der Höhepunkte war sicherlich die maßgebliche Mitarbeit unseres langjährigen Landesvorsitzenden Hugo Müller und vieler anderer GdP-Kollegen in der AG „Polizei 2020“, eingerichtet zur unabdingbar notwendigen Neuorganisation der saarländischen Polizei.

Seine und somit unsere Ideen, getragen von sozialer Einstellung, gepaart mit gewerkschaftlichen Grundüberzeugungen, fanden herausragende Anerkennung. Erstmals in der Geschichte des Saarlandes gibt es ein Polizeipräsidium mit zwei GdP-Kollegen an der Spitze. Deshalb sind wir vor allem mächtig stolz auf „unseren“ Polizeivizepräsidenten Hugo Müller.

Das neue Jahr 2012 hat gerade begonnen, und schon heißt es weiter bewegen! Die Neuorganisation nimmt Formen an, die Umsetzung hat begonnen und der Wirk- bzw. Echtbetrieb steht unmittelbar bevor. Die saarländische Polizei hat im Jahr zwei der Auswirkungen der Schuldenbremse ihren auf zehn Jahre angelegten Konsolidierungsbeitrag geleistet. Weitere Einschnitte, insbesondere bezogen auf Struktur und Qualität, verbieten sich von daher. Darauf gilt es besonders hinzuweisen und ständig zu achten.

Für unsere Tarifbeschäftigten endet der letzte Tarifabschluss mit Ablauf dieses Jahres. Sie dürften für die nächsten Verhandlungen bereits in wenigen Wochen Signale empfangen. Ein Tarifabschluss für die Beschäftigten des Bundes und der kommunalen Arbeitgeber wird diese senden. Es gibt also auch im neuen Jahr viel zu bewegen. Wir leben unsere Mottos und kümmern uns weiter!

Doch lassen Sie uns heute gemeinsam das Jahr 2012 mit einer schönen Feier begrüßen. Die Gewerkschaft der Polizei im Saarland wünscht allen ihren Gästen, Mitgliedern, Gönnern und Freunden nicht nur eine unterhaltsame Veranstaltung, sondern auch alles Gute und viel Erfolg im neuen Jahr. Darauf wollen wir anstoßen.

Reinhold Schmitt
Landesvorsitzender



Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland

Programm

TRANSATLANTIC
SHOWBAND



Wir wünschen allen Besuchern
des heutigen Festabends frohe
Stunden in beschwingter und
heiterer Atmosphäre.

POLIZEIREFORM IM JAHRE 2011

Mit Wirkung vom 19. Oktober 2011 hat der Minister für Inneres, Europa und Kultur, Stephan Toscani, als dritte Polizeivollzugsbehörde neben dem Landeskriminalamt und der Landespolizeidirektion das Landespolizeipräsidium Saarland eingerichtet. Warum war diese Organisationsreform notwendig? Wie wurde sie vorbereitet? Und wie ist die Umsetzung geplant?

Situation im Jahr 2010/2011

Bereits im Jahre 2007 wurden im Bericht der AG POG¹ die wesentlichen strukturellen Herausforderungen für die Vollzugs-polizei des Saarlandes bis zum Jahre 2015 dargestellt und Handlungsvorschläge unterbreitet. Bei ihren Prognosen ging die AG POG davon aus, dass sich die Personalstärke absehbar reduzieren wird. In Konsequenz sei bei unveränderten Rahmenbedingungen ab dem Jahr 2011 bis zum Jahr 2015 die Funktionsfähigkeit der Polizei in Frage gestellt und ab dem Jahr 2015 sei diese Funktionsfähigkeit nicht mehr aufrecht zu erhalten.² Verschärft werden die Konsequenzen eines Personalarückgangs durch die ungünstige Altersstruktur der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB). Das Saarland hat im bundesweiten Vergleich das höchste Durchschnittsalter bzw. die ungünstigste Altersstruktur aller Länderpolizeien.

Altersstruktur³

Im Jahre 2013 werden ca. 53 % aller Vollzugsbeamtinnen- und beamten 50 Jahre und älter sein. In diesem

Zusammenhang stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, vor allem die operativen Bereiche mit lebensjüngeren Beamtinnen und Beamten auszustatten. Wie kann darüber hinaus, der Generationen übergreifende Transfer von impliziten Fach- und Erfahrungswissen gewährleistet werden, wenn innerhalb von 10 Jahren über die Hälfte aller Beschäftigten in den Ruhestand treten wird?

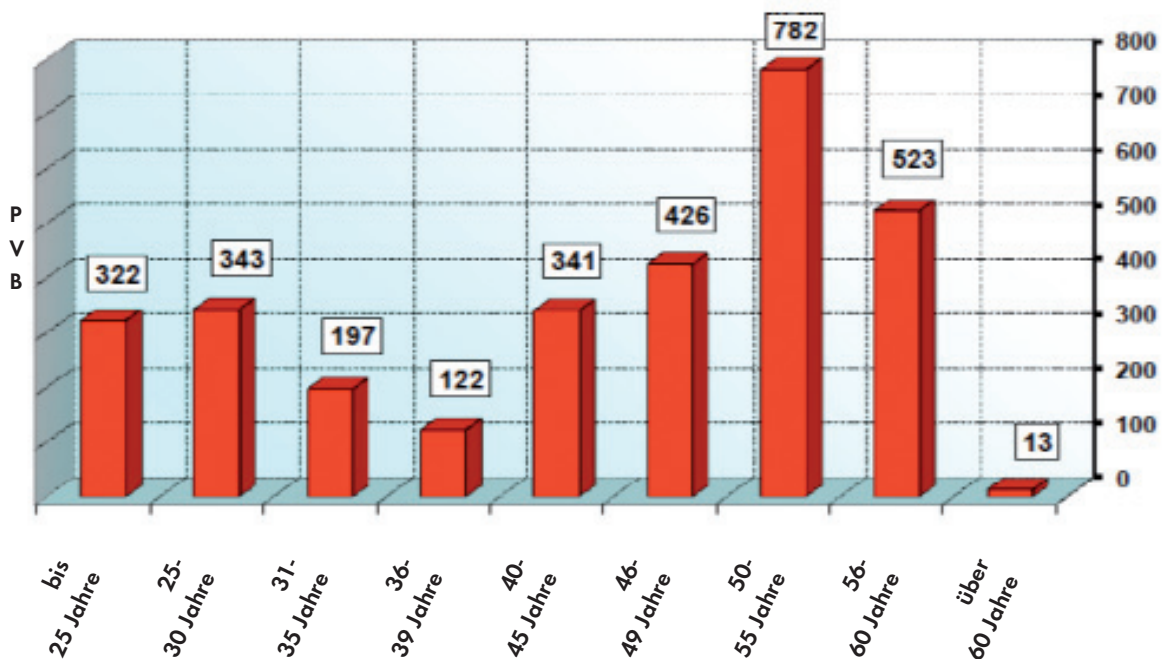
In einem komplett neuen Ausmaß wurde der Handlungsrahmen für die Politik und damit auch für die Vollzugs-polizei als Teil der Exekutive durch die Einführung der **Schuldenbremse** im September 2009

begrenzt. Gemäß Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes sind der Bund und die Bundesländer gehalten, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Daraus ergibt sich für das Saarland die Verpflichtung, bis spätestens zum 31. Dezember 2019⁴ den Haushalt ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Politische Ziel- und Schwerpunktsetzungen können also nicht mehr durch eine zusätzliche Kreditaufnahme finanziert werden, sondern sind aus den zur Verfügung stehenden und sich in den kommenden Jahren um ca. 70 bis 80 Millionen Euro pro Jahr reduzierenden Mitteln zu bestreiten. Jede Investition in einem Bereich bedeutet entsprechende Kürzungen in anderen Bereichen!

AG „Polizei 2020“

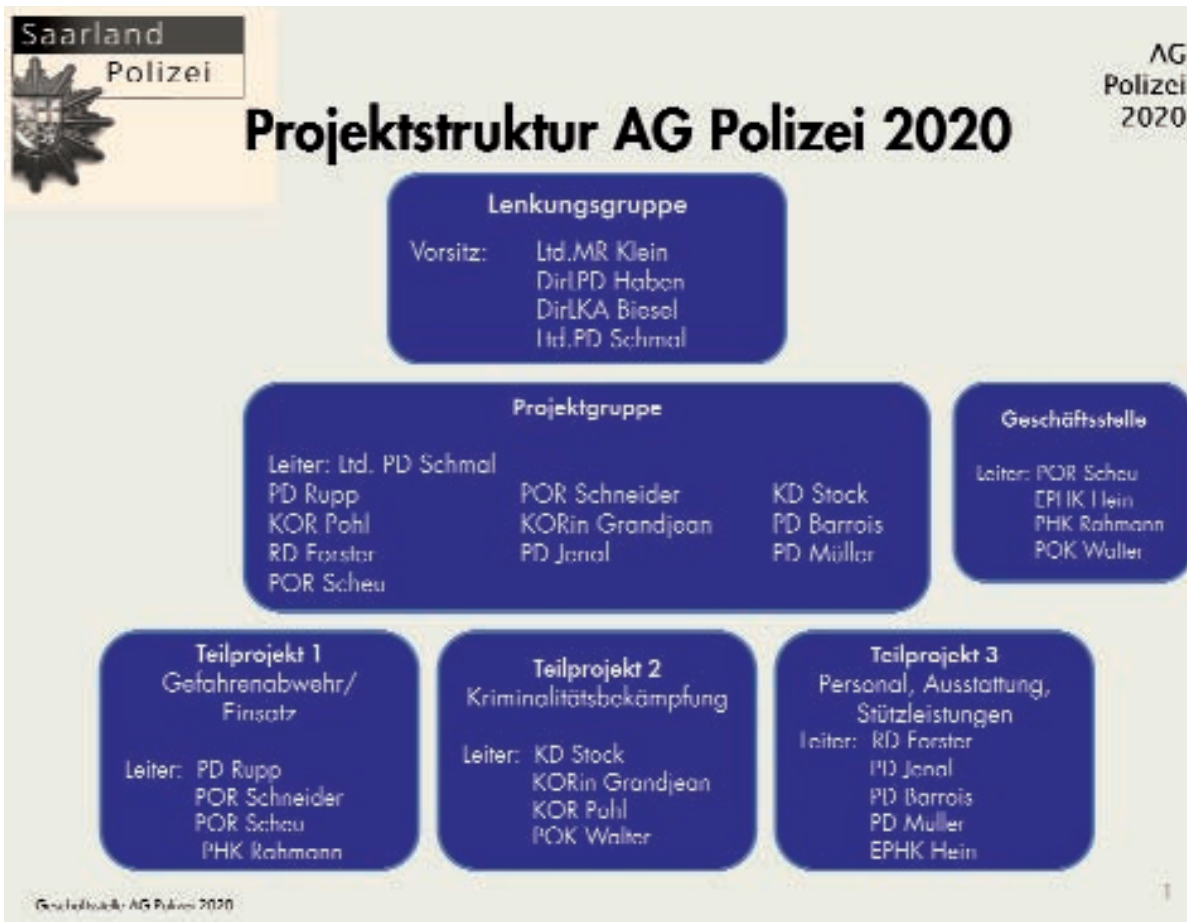
Auch vor diesem Hintergrund und unter Beachtung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag⁵ und des Landtagsbeschlusses vom 19. Mai 2010⁶ hat Minister Stephan Toscani mit Wirkung vom 30. Juli 2010 unter Leitung des Leiters der Polizeiabteilung, Herrn LMR Wolfgang Klein, die Arbeitsgruppe (AG) „Polizei 2020“ eingesetzt und beauftragt zur Fortentwicklung der derzeitigen Aufbau- und Ablauforganisation der Vollzugs-polizei des Saarlan-

Altersgruppen der saarländischen Vollzugspolizei März 2010
(PVB einschließlich Kommissaranwärterinnen und -anwärter)



des bis Ende des Jahres 2010 fachlich geeignete und bewertete Vorschläge in personeller, aufbau- und ablauforganisatorischer Hinsicht aufzuzeigen.

Zusammensetzung der AG „Polizei 2020“



zugsbeamtinnen und -beamten bedeuten würde. In Konsequenz, wäre ein umfassender Verzicht auf die Präsenz in der Fläche und erhebliche Beeinträchtigungen für alle Bereiche der Aufgabenerfüllung mit

entsprechend negativen Auswirkungen auf die objektive Kriminalitäts- und Verkehrssicherheitslage, das subjektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung und das Ansehen der Polizei zu rechnen. In Folge wird ein erheblicher Verlust des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Arbeit der Polizei und damit letztlich in die Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats erwartet. Am 1. Juli 2011 hat die AG ihre **Vorschläge zur Fortentwicklung der Polizei** vorgelegt.⁸ Entsprechend der

Als bindende **Leitlinien / Grundsätze** für die Projektarbeit hatte Herr Minister in seinem Auftrag u. a. vorgegeben:

- Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche sowie eines bedarfsorientierten Personaleinsatzes in den Dienststellen
- Minimierung bestehender Schnittstellen, Optimierung der Qualität der Sachbearbeitung und des vernetzten Zusammenwirkens der verschiedenen Organisationsteile nach dem Grundsatz: „So viel Zentralisation wie nötig, so viel Dezentralisation wie möglich.“
- Gewährleistung der Handlungsfähigkeit der Polizei durch eine bedarfsgerechte personelle und sächliche Ausstattung. Künftige Einstellungszahlen sollten sich an den Ruhestandsversetzungen, aber auch an der Aufgabenentwicklung und der demografischen Entwicklung orientieren

Mit **Auftragsergänzung** vom 3. Dezember 2010 wurde der Projektzeitraum bis

die im Kontext der Schuldenbremse alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung und damit auch den Polizeibereich unter haushaltsmäßigen Gesichtspunkten zu überprüfen hatte.

Im Auftrag der Haushaltsstrukturkommission hat die Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft **PricewaterhouseCoopers AG (PwC)** den saarländischen Haushalt im Vergleich zu den westlichen Flächenländern untersucht. Für den Bereich der Polizei kam PwC zu der Feststellung, dass das Saarland hier einen Konsolidierungsbeitrag von 33 Millionen Euro erzielen könne. Entsprechend der Auftragsergänzung hat die AG „Polizei 2020“ in einem Szenario die Konsequenzen der Realisierung eines solchen Einsparungsbeitrags dargestellt⁷.

Im Ergebnis kommt die AG zur Bewertung, dass eine Einsparung von jährlichen 33 Millionen Euro in dem Bereich der Polizei einen Personalabbau von ca. 650 Voll-

Ziffer 8 des Berichts waren dies im Wesentlichen:

- Landespolizeidirektion (LPD) und Landeskriminalamt (LKA) werden zu einem Landespolizeipräsidium (LPP) zusammengefasst. Das LPP übernimmt darüber hinaus polizeiliche Vollzugsaufgaben aus der Abteilung D des Ministeriums (beispielsweise den derzeit im Referat D 3 angesiedelten Polizeiärztlichen Dienst).
- Innerhalb des LPP werden die vier Fachdirektionen LPP 1 bis 4 „Gefahrenabwehr/Einsatz“, „Kriminalitätsbekämpfung/LKA“, „Personal/Recht“ und „Zentrale Polizeiliche Dienste“ eingerichtet, denen landesweit die Gesamtprozessverantwortung für ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche übertragen wird.
- In der Direktion LPP 1 sind darüber hinaus operative Dienststellen mit landesweiter Zuständigkeit (u.a. FLZ,

Einsatzhundertschaft, Diensthundestaffel) schwerpunktmäßig zusammgeführt; in der Direktion LPP 2 werden die operativen Dienststellen mit landesweiter Zuständigkeit zusammgeführt, die dem LKA und der KPI zugeordnet sind.

- In der Direktion LPP 3 werden Prozessverantwortung für Personal- und Rechtsangelegenheiten in der Vollzugspolizei zusammgeführt.
- In der Direktion LPP 4 werden Prozessverantwortung in den Bereichen Sachhaushalt, Wirtschaft, Liegenschaften und Technik zusammgeführt. Darüber hinaus werden hier die technischen Fachdienste gebündelt.
- In der Fläche werden alle Standorte erhalten. Die Anbindung an die vier Fachdirektionen erfolgt nach dem sogenannten Mehr-Linien-System.
- Angesichts der haushalterischen Rahmenbedingungen muss die saarländische Vollzugspolizei trotz angestrebter kontinuierlicher Einstellungszahlen von 100 bis 110 pro Jahr in den nächsten 10 Jahren einen sukzessiven Personalarückgang von mindestens 300 PVB kompensieren. Dies soll organisations- und personalentwicklungstechnisch insbesondere über das Verlaufsmodell ermöglicht werden.
- Der Organisationsentwicklungsprozess soll durch einen stärker an dem Bedarf orientierten Personaleinsatz, eine ökonomischere Bekämpfung der Alltagskriminalität, eine verstärkte Ausrichtung des Wach- und Streifenendienstes auf das Aufgabenfeld Intervention und die Wiederherstellung des vollen Einsatzwertes der Einsatzeinheiten der Vollzugspolizei des Saarlandes unterstützt werden.

Wie vorgesehen, schloss sich an die Veröffentlichung der Vorschläge eine intensive **Diskussionsphase** an. Bis Ende September 2011 wurden insgesamt 82 polizeiinterne und externe Informations- und Diskussionsveranstaltungen, davon

- 37 Termine bei Städten, Gemeinden, Landkreisen bzw. dem Regionalverband.
- 13 Termine in sonstigen politischen Gremien (u.a. Ausschuss für Inneres und Datenschutz des Landtags, regionale Bürgermeisterversammlungen oder kommunalpolitische Gruppierungen).

- 32 polizeiinterne, zielgruppenorientierte Termine (u.a. Wach- und Streifenendienst, Polizeiposten, Kriminaldienste, Kriminalpolizeiinspektion sowie Abteilungen des LKA). An den Veranstaltungen nahmen ca. 1.200 Polizeibeschäftigte teil.
- Daneben wurden insgesamt 54 schriftliche Stellungnahmen (Ministerien, Kommunen, Kommunalverbände, einer Polizeigewerkschaft, Interessenvereinigungen, Polizeibediensteten und Privatpersonen) sowie 34 Anfragen und Beiträge von Polizeibeschäftigten in einem polizeiintern freigeschalteten Intranet-Diskussionsforum abgegeben.

Bei den **externen Veranstaltungen** fanden die Vorschläge der AG überwiegend Zustimmung. Insbesondere der Erhalt der vorhandenen Standorte führte zu einer breiten Akzeptanz. Intensiver wurde die künftige Organisation der Polizei im Bereich der Landeshauptstadt Saarbrücken, die polizeiliche Versorgung des nördlichen Saarlandes / Hochwald und die konkreten Wirkungen der Reform auf die jeweiligen örtlichen Dienststellen diskutiert.

Deutlich wurde im Verlauf der Veranstaltungen auch, dass eine Realisierung von Einsparmaßnahmen entsprechend der Vorschläge von PwC auf eine breite gesamtgesellschaftliche Ablehnung stoßen.

Die **internen Veranstaltungen** waren geprägt von dem Bedürfnis der Beschäftigten, Antworten auf ihre konkreten detaillierten Fragen zu erhalten. Da die AG bei ihren Vorschlägen stets von der Prämisse ausging, dass die konkrete Ausgestaltung ihrer Vorschläge von den zukünftigen Führungsverantwortlichen unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortlich zu entscheiden sein werden, konnten viele Fragen nicht abschließend beantwortet werden, sondern wurden im Themenspeicher für die Erstellung der Feinkonzepte aufgenommen. Inhaltlich wurde die Zusammenfassung von LPD und LKA zu einem LPP überwiegend nicht in Frage gestellt. Schwerpunktthemen der polizeiinternen Diskussionen waren die

- künftige Ansiedlung des Bereichs „Information und Kommunikation“ (derzeit Abteilung LKA 2) in der Direktion LPP 2 oder in der Direktion LPP 4

- künftige Ansiedlung der Spezialeinheiten (MEK, SEK) sowie der Verhandlungsgruppe und der Beratergruppe in der Direktion LPP 1 oder der Direktion LPP 2
- Ausübung der Dienst- und Fachaufsicht über die Kriminaldienste und der Zeitpunkt der Regionalisierung der Kriminaldienste
- Bildung einer fünften Direktion mit Prozessverantwortung für die Flächendienststellen
- Fragen der Personalisierung der einzelnen Organisationseinheiten unter Hinweis auf bestehende Unterpersonalisierungen, des Anteils der verschiedenen Organisationseinheiten am prognostizierten Personalabbau sowie systemischer Ungerechtigkeiten im Verlaufsmodell bzgl. der A- und B-Inspektionen.

Die Ergebnisse der Diskussionsphase wurden von der AG in einer Synopse zusammgeführt und im Rahmen einer **Klausurtagung** der Hausleitung des Innenministeriums mit den Vertretern der AG am 07. Oktober 2011 nochmals intensiv diskutiert und erörtert.

Im Ergebnis wurde insbesondere auf der Basis eines Konsenses zwischen AG und Leitung der Abteilung LKA 2 die innere Struktur der künftigen Direktion LPP 4 gegenüber dem Vorschlag des Abschlussberichts der PG modifiziert. Weiterhin sollen die in der Diskussionsphase aufgeworfene Themen bei der folgenden Erarbeitung des Feinkonzepts berücksichtigt oder erneut geprüft werden, so u. a. eine künftig verstärkte Kooperation der Polizeiinspektionen Wadern und Nohfelden-Türkismühle zur Gewährleistung der polizeilichen Präsenz im nördlichen Saarland oder die künftige Organisation der Bearbeitung von Kapital- und Sexualdelikten innerhalb der Direktion LPP 2.

Landespolizeipräsidium

Auf der Basis der Vorschläge der AG, der Erkenntnisse der Diskussionsphase und der Inhalte der Klausurtagung hat Herr Minister Stephan Toscani am 18. Oktober 2011 seine Organisationsentscheidung zur Einrichtung eines Landespolizeipräsidioms bekannt gegeben. Neben der LPD und dem LKA wurde per Erlass mit Wirkung vom 19. Oktober 2011 ein LPP als

nachgeordnete Behörde des MIKE eingerichtet; gleichzeitig wurden der Leiter und der Ständige Vertreter des Leiters eingesetzt. Das LPP ist zukünftiger Rechtsnachfolger der LPD und des LKA. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Rechtsnachfolge und die damit verbundene Auflösung von LPD und LKA werden nach Herstellung der Funktionsfähigkeit der neuen Behörde durch das MIKE förmlich festgestellt werden. LPD und LKA nehmen bis dahin ihre Aufgaben unverändert wahr.

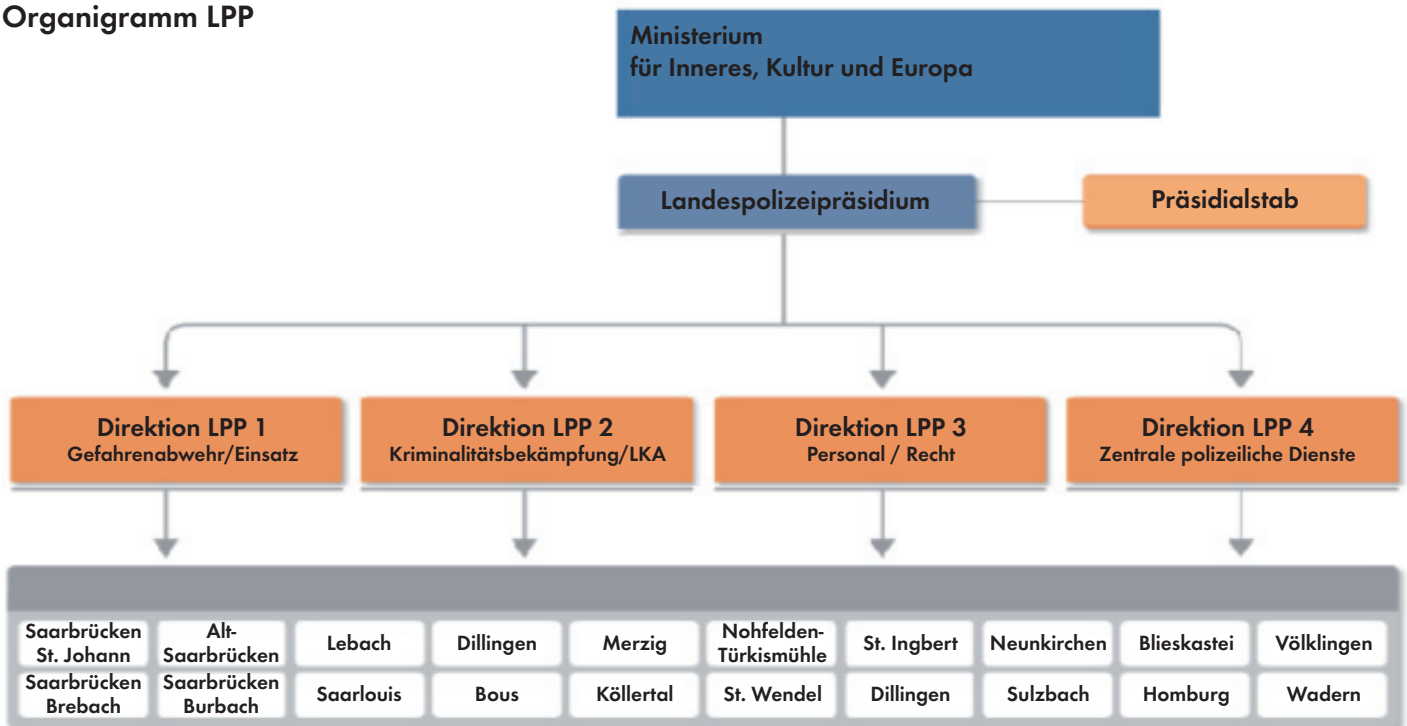
Funktionsfähigkeit des LPP zu planen und die Durchführung zu koordinieren. Hierzu wurden drei Arbeitsgruppen (-Einsatz, Organisation, Aufgaben und Kompetenzverteilung- / -Personalisierung der Organisationseinheiten- / -Haushalt, Polizeitechnik und Liegenschaften-) eingerichtet, die insbesondere erforderliche Änderungen von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften, Erlassen und/oder Dienstweisungen vorzubereiten und zu veranlassen hatten.

tungen und die Leitung des Präsidialstabs.

Rolle der GdP

Seitdem die Wirkungen der Schuldenbremse auf die Haushaltssituation des Saarlandes absehbar waren, hat die GdP die Strategie verfolgt, den Konsolidierungsweg der Landesregierung konstruktiv zu begleiten, auch um Schlimmeres zu verhüten. Ziel sollte es sein, in einer per-

Organigramm LPP



Zur Herstellung der Funktionsfähigkeit des LPP wurde eine Koordinierungsgruppe unter Führung des Leiters der Abteilung D des MIKE eingerichtet. Auch die 3 Vollzugsbehörden waren in der Koordinierungsgruppe vertreten. Der Koordinierungsgruppe oblag im Wesentlichen die Aufgabe, die erforderlichen rechtlichen, organisatorisch-technischen, logistischen und personellen Maßnahmen zur Herstellung der

Die Leitung des LPP wurde beauftragt, die für die Herbeiführung der Funktionsfähigkeit des LPP erforderlichen Detailplanungen in organisatorischer, personeller, technischer und liegenschaftsmäßiger Hinsicht durchzuführen und der Koordinierungsgruppe zur Entscheidung vorzulegen. Der Aufbaustab des LPP orientierte sich an der vorgesehenen Gliederung des LPP und umfasst neben der Behördenleitung die Direktionslei-

sonell zwar kleineren, aber weiterhin attraktiven Polizei Dienst verrichten zu können. Daher galt und gilt es auch in Zukunft, die Karriere- und Beförderungschancen zu erhalten und auszubauen, qualifizierten Nachwuchs in der zugesagten Einstellungsgröße von 100 bis 110 Neueinstellungen jährlich zu gewinnen und weitere Einschnitte in Besoldung und Versorgung der einzelnen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu verhindern.

¹ Abschlussbericht der Abteilung Polizeiangelegenheiten betreffend die Auswertung des Berichts „Organisationsanalyse der Landespolizeidirektion und des Landeskriminalamtes“ (Stand: 8. Mai 2006) der AG Polizei 2000plus – neu – sowie die Erarbeitung von fachlich geeigneten Entscheidungsvorschlägen für ein Gesamtkonzept „Entwicklung der Polizeiorganisation bis zum Jahre 2015“ (AG POG), Stand: 1. August 2007; ² ebenda, S.18, 19; ³ Abschlussbericht der Projektgruppe „Polizei 2020“, S. 23, 1. Juli 2011; ⁴ Art. 143d Abs. 1 GG; ⁵ [http://www.vo-saar.de/dokumente/Koalitionsvertrag-Saarland%20\(2009-11-05\).pdf](http://www.vo-saar.de/dokumente/Koalitionsvertrag-Saarland%20(2009-11-05).pdf); ⁶ Protokoll 10. Plenarsitzung, 19. Mai 2010, S. 706 zu LT-Drucksache 14/185; ⁷ Abschlussbericht der Projektgruppe „Polizei 2020“, S. 81 ff, 1. Juli 2011; ⁸ ebenda, S. 101 ff

TARIFBSCHÄFTIGTE IN DER GdP SAARLAND

Die Tarifbeschäftigten in der GdP sind ein Teil der 60-jährigen Geschichte der GdP. Erfordernis und Beharrlichkeit haben dazu geführt, dass sich das Selbstverständnis der Arbeiter und Angestellten in der GdP seit den 70er Jahren kontinuierlich gesteigert hat. Ein nicht ganz einfaches Unterfangen, aber das Ergebnis kann sich sehen lassen.

■ Bereits vor dem Beitritt der GdP in den DGB gab es Tarifbeschäftigte, die sich vor allem in den Personalräten engagierten. Die Kollegen und Kolleginnen, die aus der ÖTV (diese wurden aufgefordert, ihre Mitgliedschaft zu wechseln) zur GdP stießen, sorgten zusätzlich für ein stetig anwachsendes, selbstbewusstes Auftreten und verliehen den Interessen der Tarifbeschäftigten einen zusätzlichen Schub. Nicht alle Mitglieder der beiden Seiten (ÖTV und GdP) fanden sich mit der neuen Situation ab. Letztendlich „raufte“ man sich aber zusammen und bildete damit eine gute Basis, um die vielfältigen Aufgaben im Tarifbereich zu bewältigen.

Die GdP war nachweisbar in der Lage, einen Arbeitskampf mit ihren Tarifbeschäftigten zu führen. Sie wurde somit ein ernst zu nehmender Tarifpartner und durfte/darf sich zurecht Gewerkschaft nennen. Im Saarland kam es allerdings bisher noch zu keinen größeren Streikmaßnahmen (eine kleine Ausnahme, als zwei Datenerfasserinnen wenige Tage im Ausstand waren), aber man war gerüstet und immer bereit, einen Arbeitskampf zu führen.

Ein besonderes Augenmerk legt die GdP Saarland auf Rechtsschutzangelegenheiten der Tarifbeschäftigten. Hier sind vor allem die Höhergruppierungsklagen zu



Dieter Meissner,
ehemaliges Mitglied der GTK der GdP

nennen, aber auch Arbeitssicherheit und Schwerbehindertenrechte sind permanente Themen. Einige wichtige Stationen sollen den Weg der GdP und ihrer Tarifbeschäftigten verdeutlichen. Geschichte sollte nicht nur zum Nachdenken animieren, sondern auch – im Positiven – zum „Nachmachen“ anregen.

1970 - 1979

Der Tarifbereich in der GdP lernte in den Siebzigern das „Laufen“: 1973 besagte das Saarländische Personalvertretungsgesetz, dass die Arbeiter und Angestellten entsprechend ihrem Anteil in den Personalräten vertreten sein müssen; die berechtigten Anliegen der Tarifbeschäftigten konnten somit durch die Gremien der Personalräte aufgenommen und vertreten werden. Erste Seminare für Personalräte des Tarifs fanden statt. Als Erfolg konnte 1973 das 13. Monatsgehalt für alle Polizeibeschäftigten und 1977 das Urlaubsgeld verbucht werden. 1974 gab es den ersten Streik im öffentlichen Dienst. 90,9 % der Arbeiter und Angestellten der GdP stimmten für einen Arbeitskampf. Es gab einen bundesweiten Lehrgang zum „Arbeits- und Sozialrecht“ (1978), an dem auch Saarländer teilnahmen. Am 01.04.1978 wurde die GdP als 17. Säule im DGB aufgenommen, die persönlichen und sachlichen Gegensätze wurden (bis auf wenige Ausnahmen) schnell überwunden.

Bergarbeiterdemo 08. November 1996



1980 - 1989

Die Achtziger ebneten den Weg des gleichberechtigten Miteinanders zwischen den Beamten, Arbeitern und Angestellten. Dem Erfordernis eines Tarifvertrages für Angestellten in der Datenverarbeitung wurde Rechnung getragen (allerdings mit dem Vorbehalt, dass gerade in diesem Bereich eine rasante Entwicklung stattfand und somit einer gerechten Eingruppierung hinterherhinken musste). 1981 wurde der Zusatzurlaub für den Schichtdienst (bis zu 4 Tage) erkämpft. Im Oktober 1981 wurden „30 Jahre GdP“ gefeiert. 1981

benannte die Gewerkschaft ihre Kandidaten (Arbeiter und Angestellte) für den HPR beim MdI. 1982 wurde die Streikfibel der GdP aufgelegt, womit zusätzlich verdeutlicht wurde, dass die GdP die Herausforderung annahm – wenn erforderlich – einen Arbeitskampf zu führen. 1982 wurde mit dem Kollegen Ley ein Tarifbeschäftigter in den Landesvorstand gewählt (als Kassierer). 1982 wurde eine Tarifkommission auf Landesebene gebildet (Vors. Axel Stäcker). Wolfgang Lauer (Arbeiter) nahm im Mai 1982 als Gastdelegierter auf dem Bundeskongress teil. Am 09.12.1982 beschloss der Bundesvorstand die Einrichtung einer Tarifkommission, dazu wurden am 13.01.1983 Hans Jost und Wolfgang Lauer als Vertreter des Saarlandes benannt. Am 10.02.1983 fand in Frankfurt die konstituierende Sitzung der GTK (Große Tarifkommission) der GdP statt. Für die anstehende Tarifrunde wurde eine 5,8 %ige Erhöhung gefordert. In den folgenden Jahren fanden vermehrt mehrtägige Seminare für die Mitglieder der GTK statt. 1987 wurde die DUZ (Dienst zu ungünstigen Zeiten) verdoppelt. Am 12.01.1988 nahm der Bundesvorsitzende Hermann Lutz an der GLBV-Sitzung in Scheidt teil; Top 5: Schwerpunkt Tarifbereich.

Am 26.01.1988 wird eine einheitliche Liste von ÖTV und GdP zur HPR-Wahl im



Tarifforum 20. März 1997 (v. l. n. r. : Helmut Hinsenhofen (Sprecher der GTK der GdP), Eugen Roth (GdP-Landesvorsitzender), Michael Andrae und Dieter Meissner)

Bereich Ministerium des Innern beschlossen. Am 02.02.1988 beschloss der GLBV, grundsätzlich nur mit DGB-Gewerkschaften Listenverbindungen einzugehen. Am 10.03.1988 wurde Dieter Meissner, stellvertretender Vorsitzender der Kreisgruppe KPA (das spätere LKA), Vorsitzender der Tarifkommission der GdP Saar und ab Ende des Jahres zu allen GLBV-Sitzungen eingeladen – aktuelle – Tarifthemen fanden entsprechendes Gehör. 03.05.1988: der GLBV beschloss einstimmig Rechtsschutz in einem Berufungsverfahren zur Eingruppierung in die Vc BAT; 1988 erfolgte die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 und später sogar auf 38,5 Std. 1989 kam aus dem Tarifbereich der Vorschlag, den Begriff Polizeibeschäftigte einzuführen.

08.08.1989 entwickelte der GLBV ein Strategiepapier gegen die Ausdünnung von Tarifstellen im Saarland. In diesem Jahr erfolgte ein Antrag des Vorsitzenden der Tarifkommission, die antiquierten Stenoprüfungen abzuschaffen. 05.09.1989: die ordentliche Mitgliedschaft eines Tarifbeschäftigten im GLBV (Satzungsänderung) wird angestoßen. Hintergrund: auf Bundesebene wurde bereits per Satzung ein Stellvertreter aus dem Tarif festgelegt. 14.12.89: Werner Welsch und Dieter Meissner werden als GTK-Mitglieder bestätigt.

1990 - 1999

Im Laufe der Neunziger standen einige Rechtsschutzbeschlüsse an: u.a. Eingruppierung der Schreibkräfte, Belange Küchendienst, Nichtauszahlung von Weihnachtsgeld, Höhergruppierungen, z.B. im Recherchedienst, sowie die Arbeitsbedingungen der Bildschirmarbeitsplätze. Die Allgemeinen Zulagen wurden Anfang der 90er Jahre erhöht. 1990 wurden endlich die Prüfungsvoraussetzungen für Schreibkräfte abgeändert (ein GdP-Erfolg). 1993 wurde eine gemeinsame Liste mit der ÖTV für den HPR beim MdI beschlossen (1. ÖTV, 2. GdP, 3. ÖTV usw.). November 1993: Entwurf einer neuen Satzung, in der eine Beisitzerposition durch einen Tarifbeschäftigten besetzt werden muss; die Kommissionen wurden reduziert – darunter auch die des Tarifs. Sept.1993: der Betriebssport für Tarifbeschäftigte wurde möglich (versicherungstechnische Probleme wurden gelöst). 1994 machte die GdP in einer Resolution Druck gegen die beabsichtigte Privatisierung des Reinigungsdienstes (leider konnte dies nicht verhindert werden). Ende der 90er Jahre fanden auf Bundes- und Landesebenen Streiks mit Beteiligung der GdP statt. Im Saarland standen ebenfalls sehr viele Kolleginnen und Kollegen hoch motiviert bereit, für ihre berechtigten Lohnforderun-



Anti-Rassismus-Demo 30. Mai 1998

gen zu streiken, allerdings wurde wegen der inzwischen erfolgten Tarifeinigung der Arbeitskampf hinfällig. 1997 errang die GdP erstmals die Mehrheit im HPR beim Mbl, die sie bis heute innehat. Micheal Andrae wurde zum Vorsitzenden gewählt (er war dies bis 2002). 1998 wurde er als erster Tarifbeschäftigter stellvertretender Landesvorsitzender (die Satzung war entsprechend ergänzt worden). Vier Jahre zuvor war er bereits als Beisitzer in den GLBV sowie als Arbeitervertreter in die GTK gewählt worden. Jürgen Schmeer (Angestellter) wurde als Mitglied des Kontrollausschusses bestätigt.

2000 - 2009

Das erste Jahrzehnt im zwanzigsten Jahrhundert wurde geprägt von den vielfältigen Spannungen zwischen Gewerkschaften einerseits und den Arbeitgebern sowie der Politik andererseits. Mit vielen Großdemonstrationen wurde enormer Druck erzeugt, um das jeweils Schlimmste der geplanten „Schweinereien“ zu verhindern. Demos fanden statt in: 08.09.03 Saarbrücken, 17.11.03 Bochum, 18.11.03 Wiesbaden, 03.04.04 Stuttgart, Febr. / März 2006 Saarlouis und Saarbrücken (zur Tarifrunde), 03.02.2009 Hannover, 07.12.10 Demo vor dem Landtag des Saarlandes; nicht zu vergessen die jährlichen Mai-Kundgebungen in Saarbrücken, an denen ebenfalls zahlreiche GdP-Beschäftigte teilnahmen. Ab 01.03.2002 ersetzte

der neue Tarifvertrag der ZVK die alte Regelung (eine Auflösung der ZVK durch die AG stand zu befürchten). Eine jährliche Anpassung von 1 % wurde vereinbart. Allerdings darf nicht verschleiert werden, dass einige Kolleginnen und Kollegen, die wegen der fehlenden Jahre nicht die notwendige Punktezahl erreichten/erreichen (ähnliche Rechnungsweise wie im Rentenwesen), Abstriche hinnehmen müssen. Die Jahre 2004, 2005 und 2006 wurden geprägt durch die Umsetzung des neuen Tarifrechts im Öffentlichen Dienst, das die Unterscheidungen zwischen Arbeitern und Angestellten aufhob (von der GdP schon seit Jahren gefordert und endlich verwirklicht). Allerdings sind noch vielfältige Probleme zu lösen. Am 01.07.2005 übernahm Karl Recktenwald den Vorsitz beim HPR für Inneres und Sport von Dieter Meissner, der sich ab diesem Zeitpunkt in den Ruhestand verabschiedete und somit auch aus der GTK ausschied. Bei einer gut besuchten Veranstaltung für Tarifbeschäftigte am 11.06.2006 mit 300 Teilnehmenden auf dem Wackenberg in Saarbrücken wurden die Details von der zuständigen Mitarbeiterin auf Bundesebene, Alberdina Körner, dargelegt. Fazit: Es wird keine Schlechterstellungen nach der Umstellung auf den TV-L geben! In mehreren Beiträgen im Jahr 2007 wurde durch die Tarifsachverständigen Karl Recktenwald und Michael Andrae im Landesteil „Deutsche Polizei“ der neue Tarifvertrag näher gebracht. Konrad Freiberg war Hauptredner auf der 1. Mai-Kundge-

bung 2008 in Saarbrücken. Im Dezember beschloss die GTK die Forderungen zur Tarifrunde 2009: eine Erhöhung von 8 %, mindestens aber einen Sockelbetrag von 200,- Euro; am 03.02.2009 bekundeten auf einer Großkundgebung in Hannover 14.000 Bedienstete des Öffentlichen Dienstes, davon 5.000 GdP-Tarifbeschäftigte, ihre Entschlossenheit in der laufenden Tarifaueinandersetzung; das Ergebnis vom 01.03.: 5,8 % Erhöhung des Tabellenwertes bei einer Laufzeit von zwei Jahren.

2010 - 2011

Bereits 2008 wurden gemäß Forderungen der GdP 15 Tarifbeschäftigte als System- und Anwenderbetreuer eingestellt, am 30.03.2010 wurden weitere Betreuerstellen ausgeschrieben. April 2010: Landesdelegiertentag in Lebach, Wahl von Martin Speicher als Nachfolger für Michael Andrae als stellvertretender Landesvorsitzender und Vera Koch als stellvertretende Landesschriftführerin. Nun gehören zwei Tarifbeschäftigte dem Landesvorstand an. Am 30.06.2010 löste Ralf Walz Karl Recktenwald als Vorsitzender des HPR ab; Ralf Walz ist es auch, der in einem Beitrag in der „Deutschen Polizei“ mahnte, sich die zustehenden Ansprüche aus dem vier Jahre alten TV-L zu sichern. Am 17.11. und 07.12.2010 fanden wegen der geplanten Schuldenbremse vor dem Landtag Kundgebungen statt. Andrea Thiel und Ralf Walz nahmen an der GTK-Sitzung zur laufenden Tarifrunde am 02.12.2010 in Potsdam teil. Am 10.03.2011 einigten sich die Tarifparteien auf Lohnerhöhungen von rechnerisch 3,4 % in zwei Stufen und auf eine Einmalzahlung von € 360. Am 30.05.11 wurde Vera Koch erneut als Frauenbeauftragte mit über 90 % wiedergewählt.

Je mehr Unterlagen ich gesichtet habe, um so deutliche wurde, dass sich im Tarifbereich, ob bei Bund oder Land, in den letzten Jahrzehnten tatsächlich vieles bewegt hat. Ohne intensive Basisarbeit und darauf resultierenden Rückhalt bei unseren Kolleginnen und Kollegen wären diese Erfolge nicht zu erreichen gewesen. Darauf können wir alles stolz sein. Es beweist aber auch: Gewerkschaftsarbeit lohnt sich!

Sappbrücken



Hol dir die Saarbrücken-App mit Infos rund um deine Stadt.
Gratis erhältlich im iTunes Store.
Mehr Infos unter www.saarbruecken.de/app

SCAMMING –

jeder kann Opfer werden!

Versprochen wird die große Liebe, das schnelle Geld oder der beste Job – doch hinter den verlockenden Angeboten steckt so genanntes Scamming. Oft führt der Weg zum ersehnten Glück nämlich über Vorauszahlungen an Scammer (Betrüger). Die unter dem Namen Nigeria Connection bekannt gewordene Betrugsmasche beschränkt sich mittlerweile nicht mehr nur auf Massenmails mit absurden Gewinnversprechen, sondern tritt in vielfältiger Form in Erscheinung.

Betrug mit vorgetäuschter Liebe

Besonders perfide und für die Opfer mit hohem emotionalem Stress verbunden ist das Love- oder Romance-Scamming. In Online-Partnerbörsen oder auch in sozialen Netzwerken sind die Scammer auf der Suche nach potenziellen Opfern. Ist ein Kontakt erst einmal hergestellt, werden diese mit Liebesbekundungen und Aufmerksamkeit überhäuft – und zwar einzig und allein mit dem Ziel, ihnen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Denn die virtuellen Partner geben zum Beispiel vor, bei einer Geschäftsreise nach Westafrika in Geldnot geraten zu sein. Oder sie benötigen Geld für eine wichtige Operation ihres Kindes oder eines Angehörigen. Auch gestohlene Koffer und Pässe, unbezahlter Lohn oder eine unbezahlte Hotelrechnung sollen das ahnungslose Opfer dazu bringen, Geld zu überweisen. Und viele tun es auch, schließlich sind sie zu diesem Zeitpunkt schon von ihrem Internet-Partner/ihrer Internet-Partnerin emotional abhängig.

Betrug mit falschen Geldversprechen

Zu einem der ältesten Tricks der Nigeria Connection gehören E-Mails (vormals Briefe oder Fax), die dem Empfänger eine Menge Geld versprechen – aus einer Erbschaft oder einem Familienschatz bei-

spielsweise. Um an das gewünschte Geld zu kommen, werden allerdings zunächst viele tausend Euro für Gebühren, Notarkosten oder Steuer fällig. Wenn das Opfer zahlt, brechen die Betrüger den Kontakt ab – das gezahlte Geld ist unwiederbringlich verloren.

Betrug mit dem Traumjob

Auch unter den Stellenanzeigen in Tageszeitungen suchen Betrüger nach möglichen Opfern. Es ist der Traumjob bei hervorragender Bezahlung, der viele zum Telefonhörer greifen lässt – eine Telefonnummer ist meistens die einzige angegebene Kontaktmöglichkeit. Nach dem ersten Anruf sollen die Opfer Bewerbung und Lebenslauf faxen. Und nach einem telefonischen Vorstellungsgespräch hat man den vermeintlichen Job schon in der Tasche. Es müssen nur noch einige hundert Euro für Uniform oder Arbeitsschuhe an den neuen Arbeitgeber überwiesen werden. Kaum ist das Geld transferiert, löst sich der Arbeitgeber in Luft auf.

Betrug mit Wohnungsangeboten

Eine tolle Wohnung zu einem Schnäppchenpreis – ein Angebot, das zu gut ist, um wahr zu sein. Gerade bei Immobilienbörsen im Internet können Wohnungssuchende auf Betrüger hereinfliegen. Die Masche läuft fast immer gleich ab: Die

Scammer geben sich als Engländer oder Amerikaner aus, die die zu vermietende Wohnung geerbt hätten. Oder sie erzählen, sie hätten mal in Deutschland gearbeitet und wollten die alte Bleibe nach einem beruflich bedingten Wechsel ins Ausland vermieten. Nach einer Vorauszahlung der ersten Miete und der Kaution per Bargeldtransfer beispielsweise mit Western Union sollten dem neuen Mieter die Schlüssel über den Paketdienst DHL oder eine Agentur geschickt werden. Bei Nichtgefallen könne das Geld ja später wieder erstattet werden. Doch das Geld sehen die Opfer nie wieder, und auch die Wohnung existiert oft gar nicht oder gehört einem anderen Eigentümer, der vom Betrug selbst nichts mitbekommt.

Betrug mit gefälschten Schecks

In Anzeigen in Zeitungen und im Internet suchen die Betrüger Menschen, denen sie ihre gefälschten Schecks auf scheinbar legalem Wege andrehen können: Sie tätigen damit beispielsweise einen Kauf bei Privatpersonen. Meistens sind die Schecks auf einen höheren Betrag ausgestellt, als zum Beispiel das privat angebotene Auto tatsächlich gekostet hat. Es wird vereinbart, dass das Opfer den Differenzbetrag gleichzeitig vom eigenen Konto per Bargeldtransfer an den Betrüger überweist. Problem ist, dass selbst Bankangestellte einen gefälschten Scheck nur selten erkennen. Das Opfer hat in zweifacher Hinsicht das Nachsehen. Dass der Scheck gefälscht war, stellt sich erst in einigen Tagen heraus – dann ist das überwiesene Geld bereits in undurchsichtigen Kanälen verschwunden. Außerdem kann die Bank wegen Betrugs strafrechtliche Schritte gegen das Opfer einleiten.

Vorsicht: Grundsätzlich sollte man Menschen, die man nie persönlich kennengelernt hat, kein Geld überweisen oder auf sonstige Forderungen eingehen. Gerade im Internet tummeln sich viele Betrüger, die an der Gutgläubigkeit ihrer Mitmenschen viel Geld verdienen wollen. Seien Sie also immer misstrauisch bei unglaublichen Angeboten, ob bei der Wohnungs- oder der Partnersuche.





www.VDPolizei.de

VIELEN DANK!

Liebe Inserenten!

Mit der Beteiligung in der Festschrift anlässlich unseres Neujahrsempfanges haben Sie uns sehr geholfen. Wir danken Ihnen dafür sehr herzlich!

Liebe Leser!

Alle Inserate dieser Festschrift verdienen Ihre Aufmerksamkeit. Bitte berücksichtigen Sie diese Unternehmen bevorzugt bei Ihrer nächsten Disposition.

Ihr

Polizeisozialwerk
Gewerkschaft der Polizei
Saarland